



Analysen und Argumente aus der Konrad-Adenauer-Stiftung

Nr. 18/2005
19. April 2005

Präsidentschaftswahlen 2008 in Russland

Heinrich Schwabecher (ext.)

Inhalt

1. Einleitung	Seite 1
2. Drei Präsidentschaftskandidaten	Seite 2
3. Putins Perspektiven nach 2008. Wird es eine Verfassungsänderung geben?	Seite 3
4. Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung	Seite 5

1. Einleitung

Bei den Präsidentschaftswahlen 2008 in Russland kann Präsident Putin gemäß der russischen Verfassung nicht mehr antreten. Die Debatte um einen Nachfolger begann im Februar 2005 unerwartet früh. Drei Jahre vor dem Wahltermin haben innerhalb von zwei Tagen gleich drei Politiker ihre Kandidatur erklärt. Derzeit entwickelt sich in Russland eine intensive Debatte über die Zukunft Putins, in der auch die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und damit einer erneuten Präsidentschaft Putins eine Rolle spielt. Die vorliegende Arbeit gibt eine Übersicht über die möglichen Szenarien für die Präsidentschaftswahlen 2008 und über mögliche Entwicklungen nach dem Wahltermin. Wer sind die aktuellen Kandidaten? Besteht die Möglichkeit einer Verfassungsänderung und welche Rolle wird Putin nach 2008 spielen?

2. Drei Präsidentschaftskandidaten

Am Donnerstag, den 24. Februar 2005 erklärte der Ex-Premierminister *Michail Kasjanow*, der vor einem Jahr von Putin samt seiner Regierung entlassen wurde, seine Bereitschaft als Präsidentschaftskandidat der demokratischen Opposition anzutreten. Gleichzeitig kritisierte er heftig den amtierenden Präsidenten und charakterisierte die Grundzüge von Putins Politik als „ineffektiv, unerträglich und fehlerhaft“. *Kasjanow* beklagte die Rechtlosigkeit des Staates und die fehlende Pressefreiheit – die russische Demokratie sei in einer Sackgasse angelangt.

Die Reaktionen reichten von strikter Ablehnung bis zu vehementer Zustimmung: während die „Russische Demokratische Partei Jabloko“ jegliche Verhandlungen mit *Kasjanow* ausschloss, erklärte sich die „Union der Rechten Kräfte“ (SPS) bereit, mit ihm zusammen zu arbeiten und sieht ihn als möglichen Präsidentschaftskandidaten der demokratischen Kräfte. Andererseits werden die offenen Sympathien *Kasjanows* für die „Orange Revolution“ in der Ukraine und für die USA in weiten Teilen der russischen politischen Elite als problematisch gesehen. Auch sind seine Popularitätswerte in der Öffentlichkeit äußerst niedrig - im Januar 2005 sahen nur vier Prozent der Befragten *Kasjanow* als vertrauenswürdig an.

Bereits am Folgetag meldeten sich zwei weitere potentielle Präsidentschaftskandidaten zu Wort. Der ehemalige Präsident der russischen Staatsduma und Chef der Partei „Wiedergeburt Russlands“, *Genadij Selesnjow*, erklärte sich bereit, bei den nächsten Präsidentschaftswahlen als Kandidat der Linken anzutreten. Seinen Worten zu Folge, bemüht er sich derzeit eine neue sozialdemokratische Koalitionspartei „Union der Patrioten“ zu gründen und damit möglichst viele linke Parteien unter einem Dach zu vereinen. Allerdings zeigten sich mehrere der linken Parteiführer über diese Äußerungen überrascht und erklärten, nichts von solchen Plänen zu wissen. Auch wäre *Selesnjow* im Jahre 2008 immerhin schon 60 Jahre alt und ist darüber hinaus in der Bevölkerung nur wenig beliebt. Es wird deshalb vermutet, dass die Kandidatur *Selesnjows* von Seiten des Kremls selbst betrieben wurde, um die Aufmerksamkeit von der Bewerbung *Kasjanows* abzulenken.

Ein dritter Politiker, der sich ebenfalls am 25. Februar für die Wahlen zur Verfügung gestellt hatte, war der Ultranationalist und Chef der rechtsextremistischen Liberaldemokratischen Partei Russlands (LDPR), *Wladimir Schirinowskij*. Zwar glaubt er selbst kaum an eine realistische Chance in 2008, sieht sich aber im Jahr 2012 oder 2016 als wahrscheinlichen Sieger. Bemerkenswert ist, dass 42 Prozent der russischen Bevölkerung eine positive Meinung über *Schirinowskij* haben und immerhin 5 Prozent der Befragten ihn als Präsident im Jahre 2008 sehen möchten.

3. Putins Perspektiven nach 2008.

Wird es eine Verfassungsänderung geben?

Laut Artikel 81 Punkt 3 der russischen Verfassung darf Putin bei den Präsidentschaftswahlen 2008 nicht mehr antreten. Obwohl er mehrmals betont hatte, dass es keine Verfassungsänderungen mit dem Ziel einer Mandatsverlängerung geben wird, wird dies von einigen russischen Experten hinterfragt. Den Grund dafür hat Putin selbst geliefert. Nach der Tragödie von Beslan hatte Putin als eine der Antiterrormaßnahmen verkündet, dass die Chefs der Föderationseinheiten nicht mehr gewählt, sondern vom Präsidenten ernannt und durch das Lokalparlament bestätigt werden. Dies kann nur als ein Schritt in Richtung einer Verfassungsänderung verstanden werden, da dadurch die Verfassungen der Republiken außer Kraft gesetzt werden (z.B. bei den Parlamentswahlen in Tatarstan im März dieses Jahres).

Aus mindestens drei Gründen schlägt allein die Option einer Verfassungsänderung sofort auf die Frage nach dem künftigen Präsidenten durch. Zum einen ist die Rolle der sogenannten „Silowiki“ (die Vertreter von Militär und Geheimdienst in der Kreml-administration) stetig gewachsen. Zweitens sind die autoritären Züge in der Politik des amtierenden Präsidenten unverkennbar und drittens fehlt bislang ein möglicher Kandidat, der es nur annähernd mit dem inneren und äußeren Gewicht Putins aufnehmen kann. Folglich werden derzeit unter Experten drei Handlungsoptionen für Putin diskutiert:

1. Die „Weißrussische Variante“: der Präsident (bzw. „die Familie“) ändert die Verfassung und Putin tritt zum dritten Mal als Präsidentschaftskandidat an.

Diese Option würde vermutlich breite Unterstützung in der Bevölkerung finden. Zum einen hätten im März 2005 – trotz aller Berichte über das historische Tief in der Popularität des Präsidenten – 42 Prozent der Bevölkerung Putin erneut zum Präsidenten gewählt. Zum anderen haben sich im September 2004 nur 29 Prozent der Bevölkerung negativ über das Referendum zur Verfassungsänderung in Weißrussland geäußert. 36 Prozent unterstützten es ausdrücklich und 35 Prozent empfanden es als unwichtig.

2. Die „Ukrainische Variante“ (von Kutschma geplant aber nicht verwirklicht): Durch die Verfassungsänderung wird Russland zu einem parlamentarischen Regierungssystem, Putin wird zum allmächtigen Premierminister.

Nach dieser Variante wird das präsidentielle System Russlands durch die Änderung der Verfassung in ein parlamentarisches System mit Putin als Premierminister umgewandelt. Diese Maßnahme wäre schwer von Seiten des „Westens“ kritisierbar, da es das gleiche Regierungssystem auch z.B. in Deutschland oder Italien gibt. Allerdings wäre für ihren Erfolg eine Putintreue Partei erforderlich, die bei

den nächsten Dumawahlen 2007 die Mehrheit bekommt. Ob das die Partei „Einheitliches Russland“ sein wird, ist fraglich. Sie dürfte bei den nächsten Dumawahlen mit starken Verlusten zu rechnen haben, da sie sich für die unbeliebten Sozialreformen (Monetarisierung der Sozialleistungen) eingesetzt hatte. Darüber hinaus wäre für ein stabiles parlamentarisches System eine Parteienreduzierung in der Duma erforderlich.

Für diese Variante spricht, dass derzeit im Kreml für 2007 am Aufbau einer neuen „Partei der Macht“ mit liberalem Anstrich gearbeitet wird. Auch wird bei den nächsten Dumawahlen 2007 die erforderliche 5-Prozent-Hürde auf 7% erhöht. Am 1. Januar 2006 wird ein neues Parteiengesetz eingeführt, wonach die Parteien nicht mehr 10.000, sondern 50.000 Mitglieder aufweisen müssen. Im März dieses Jahres wurde bekannt, dass ebenfalls ab dem 1. Januar 2006 alle Parteien seitens des Justizministeriums, Innenministeriums und inländischen Geheimdienstes (FSB) überprüft werden. Offenbar wurden diese Maßnahmen eingeführt, um bei den nächsten Dumawahlen die radikale Reduzierung der Parteien von derzeit 47 auf etwa 7 zu erreichen. Dennoch bleibt diese Variante höchst spekulativ und riskant.

3. Die „Russische Variante“ einer Thronübergabe: Putin (bzw. „die Familie“) sucht und baut einen Nachfolger auf.

Diese Variante würde keine riskanten Veränderungen mit sich bringen. Der „Thronfolger“ würde die Politik Putins und seiner „Familie“ treu und ohne radikale Änderungen weiterführen. Für Putin selbst blieben zwei mögliche Arbeitsfelder - die Wirtschaft oder die Politik. Er könnte etwa Chef eines großen staatlich kontrollierten Energiekonzerns werden. Im politischen Bereich könnte er sich um das Amt des Premierministers bemühen, um dann wieder bei den Präsidentschaftswahlen 2012 anzutreten. Der „Thronfolger“ könnte nach Artikel 92 Punkt 2 der Verfassung sogar irgendwann erklären, das Land nicht mehr weiter regieren zu können. Putin würde dann als Premierminister das Amt des Präsidenten übernehmen und innerhalb von drei Monaten Neuwahlen ausrufen (gemäß Artikel 92 Punkt 3 der Verfassung). Bei diesen Präsidentschaftswahlen könnte er auch selbst wieder als Kandidat antreten.

Wer käme als möglicher „Thronfolger“ in Frage? Er müsste sowohl eine enge Verbindung zu den „Silowiki“ haben und den herrschenden politischen Eliten genehm sein. Auch müsste er aus dem Sankt-Petersburger „Clan“ stammen und mit den strategischen Zielen von Putin übereinstimmen. Derzeit werden mehrere Namen in den Expertenkreisen genannt: u.a. Parlamentspräsident *Boris Grisolow*, Verteidigungsminister *Sergej Iwanow*, der Präsidentialbevollmächtigte im Südlichen Föderalbezirk *Dmitrij Kosak*, der Vorsitzende des Föderationsrates *Sergej Mironow*, der Katastrophenschutzminister *Sergej Schojgu* sowie der ehemalige Vize-Regierungschef Russlands und heutige Chef des Strom-Monopolisten RAO „EES Rossii“, *Anatolij Tschubais*.

Favorisiert wird in Medien und Expertenkreisen derzeit Verteidigungsminister *Iwanow*, der die Kriterien am ehesten erfüllt. Er wurde in St. Petersburg geboren, diente 18 Jahre im KGB bis zum Dienstgrad des Generalleutnants und war zuletzt stellvertretender Leiter des inländischen Geheimdienstes (FSB). Er studierte an der gleichen Universität wie Putin – beide lernten sich im KGB kennen. Iwanow ist engster Freund und Vertrauter Putins und teilt dessen innen- und außenpolitische Positionen. Im Januar dieses Jahres erklärte Iwanow, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2008 nicht antreten werde – was aber die Spekulationen um seine Kandidatur noch verstärkte. Im März dieses Jahres erschien in den Medien ein für einen russischen Verteidigungsminister ungewöhnlich offenes und privates Interview. Darin sprach Iwanow über seine Kindheitsträume, seine Familie sowie die Liebe zu seiner Ehefrau. Dies wurde allgemein als PR-Maßnahme für einen „Thronfolger“ interpretiert.

Welche der drei Varianten wird vom Kreml bevorzugt? Einiges spricht derzeit für die „Ukrainische Variante“. Angeblich wird im Kreml bereits intensiv an einer neuen Verfassung gearbeitet, die am 12. Juni 2007 per Referendum in Kraft treten soll. Auch gab es mehrfach Signale aus Kremlnahen Kreisen, dass der Wechsel von einem präsidentialen zu einem parlamentarischen System kurz bevorstehe. Die „Weißrussische Option“ hat offenbar kaum Befürworter.

Offenbar gibt es im Kreml zwei konkurrierende Lager. Das erste befürwortet das parlamentarische Regierungssystem (Ukrainische Variante) und will Putin um jeden Preis beibehalten. Putin selbst soll zum zweiten Lager gehören, das eine „Thronübergabe“ favorisiert.

Angesichts der bekannt gewordenen Äußerungen führender Politiker, der Geschichte Russlands, der Rolle der Silowiki und der autoritären Tendenzen der letzten Jahre, ist eine Verfassungsänderung sehr wohl denkbar. Mit einer Vielzahl von offenbar gezielt gestreuten Informationen und Gerüchten soll die öffentliche Meinung zu dieser Frage getestet werden. Wie der Vorsitzende des russischen Verfassungsgerichts, *Walerij Sorkin*, im Februar dieses Jahres erklärte, ist die Änderung der Verfassung nur eine Frage des politischen Willens. Dieser scheint gegeben zu sein.

4. Ihr Ansprechpartner in der Konrad-Adenauer-Stiftung Hauptabteilung „Politik und Beratung“:

Dr. Karl-Heinz Kamp
Leiter Arbeitsgruppe Europa und Außenpolitik
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Wichmannstr. 7
10907 Berlin
E-Mail: karl-heinz.kamp@kas.de
Telefon: +49 30 26996-510
Fax: +49 30 26996-551